Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel

Herausgeber: Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel

Band: 195 (2017)

Artikel: Die GGG im 20. Jahrhundert : die Bedeutung der "Gesellschaft für das

Gute und Gemeinnützige" im kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen

Basel

Autor: Braunschweig, Sabine Kapitel: 2: Finanzentwicklung

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1006772

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Teil II: Finanzentwicklung



Einleitung

Die GGG entwickelte sich im 20. Jahrhundert zu einer der grossen und massgebenden Finanzierungsinstitutionen für soziale und kulturelle Organisationen und Projekte in Basel. Sie trägt dazu bei, dass viele unkonventionelle, gemeinnützige und besondere Vorhaben realisiert werden können, die der Staat nicht oder nur teilweise mitfinanzieren kann oder will. Für viele, die Geld suchen, ist die GGG eine der ersten Anlaufstellen für Unterstützungsgesuche.

Wie im ersten Teil geschildert, ist die GGG als Verein organisiert, also keine Stiftung, aber sie ist ein Dach, unter dem sich zahlreiche Stiftungen befinden. Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten konnte die GGG ihre Organisationen in der Regel weiterhin fördern, wenn sie auch hie und da nicht alle Wünsche erfüllen konnte und Abstriche vornehmen musste. Es gelang ihr, das Vertrauen bei dem vermögenden Basler Bürgertum aufrechtzuerhalten, so dass ihr immer wieder grosszügige Spenden, Legate und Stiftungskapital zuflossen. Eine nicht unerhebliche Rolle spielten zunehmend die staatlichen Beiträge an GGG-Institutionen. Im Folgenden werden verschiedene Aspekte der Finanzentwicklung der GGG genauer beleuchtet.

Finanzierung

Schwankende Einnahmen

Finanzierung und Vergabungspolitik der GGG sind eng mit der jeweiligen wirtschaftlichen Konjunktur verknüpft. In der Schweiz gelten die 1920er, 1930er, 1970er und 1990er Jahre als Krisenjahre, die sozialpolitische Massnahmen erforderten. Die GGG wurde in mehrfacher Weise von diesen wirtschaftlichen Einbrüchen getroffen. Einerseits waren die Einnahmen durch Mitglieder- und Gönnerbeiträge, Spenden und Legate wie auch durch Zinsen der Vermögensanlagen beträchtlichen Schwankungen ausgesetzt. Andererseits trafen in Krisenzeiten mehr Finanzgesuche ein, weil Organisationen selbst weniger Einnahmen generierten und der Staat aufgrund seiner Sparpolitik ihre Subventionen kürzte.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sah sich die GGG immer wieder genötigt, ihre Organisationen bei ihren Budgetwünschen zur Zurückhaltung zu mahnen. So beauftragte der Vorstand den neuen, kaum ins Amt gewählten Säckelmeister Robert La Roche 1919, ein entsprechendes Rundschreiben zu entwerfen.¹ Die Beiträge an die vier angeschlossenen Gesangsvereine hatte er bereits auf die Hälfte reduziert. Auch wenn das Rechnungsjahr gut abgeschlossen hatte, handelte die GGG und insbesondere ihr Kassier vorsichtig, zeigte keine Genugtuung, sondern dämpfte im Gegenteil allfällige Erwartungen.

DER LANGJÄHRIGE KASSIER: ROBERT LA ROCHE-FREIVOGEL (1877–1946)

Robert La Roche stammte aus einer Familie, die seit dem 16. Jahrhundert in Basel ansässig ist. Er trat früh in das 1787 gegründete Familienunternehmen, die Bank La Roche & Co AG, ein und amtierte zuletzt als Seniorchef. 1919 wurde er als Kassier in den Vorstand der GGG gewählt, dem er bis zu seinem Tod angehörte. Schon drei Jahre zuvor wurde er Delegierter der Zinstragenden Ersparniskasse. Er war in verschiedenen Subkommissionen der GGG tätig, so im Kuratorium für die Stiftungsvermögen, in der Kommission zur Verwaltung des Schmiedenhofes und als Präsident der Mägdestiftung.

Daneben war er in lokalen und schweizerischen Organisationen aktiv, so im Vorstand der statistisch-volkswirtschaftlichen Gesellschaft

Basel, die er mehrere Jahre präsidierte. Er war Präsident der Basellandschaftlichen Hypothekenbank, wo er sich für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Halbkantone einsetzte. Er diente als Meister E. E. Zunft zum Schlüssel, war Präsident der Sektion Basel des Schweizerischen Roten Kreuzes und hatte den Vorsitz der Kaffeehallen Basels inne. Durch sein Präsidium der Schweizerischen Bankiervereinigung von 1927 bis 1946 gelangte er in die eidgenössische Führungsschicht.

Als die GGG 1921 aussergewöhnlich hohe Zuwendungen in der Höhe von 144 000 Franken erhalten hatte, was viermal mehr war als im Jahr zuvor, und die Totaleinnahmen sich fast verdoppelt hatten, kommentierte der Vorsteher im typischen Basler Understatement, dass die finanzielle Lage der GGG «befriedigend» sei, aber dass man angesichts der wirtschaftlichen Notsituation in der Schweiz «wieder lernen [müsse], sich nach der Decke zu strecken», um «mit den verfügbaren Mitteln ein Maximum zu leisten».²

Nach punktuellen Einbussen Mitte der 1920er Jahre schlug das 150-Jahr-Jubiläum der GGG wieder positiv zu Buche. Die durch den Börsenkrach von 1929 ausgelöste weltweite Wirtschaftskrise spürte die GGG zunächst noch nicht. Es möge «befremdlich» erscheinen, doch könne 1931 noch von einem «normalen Jahr» gesprochen werden, schrieb der Vorsteher. Angesichts der grossen Not sei ihr Wirken vielleicht «Kleinarbeit», aber es seien «gute und segensreiche Früchte zum Besten unserer Mitbürger», meinte er pathetisch.3 Doch 1933 lautete auch für die GGG der Kassabericht «ganz ungünstig». Da Legate und Geschenke bedeutend zurückgegangen waren und die regulären Einnahmen für ein ausgeglichenes Budget bei weitem nicht ausreichten, müssten «eben die Ausgaben möglichst beschränkt werden».4 Und der Kassier La Roche fuhr anklagend fort, «dass bei den fast confiskatorischen Ansprüchen des modernen socialen Staates an alle Kapitalisten immer weniger Bürger Lust haben, die Hilfe an die so wie so vom Staat überreich dotierten Unterstützungsinstitute noch indirekt durch Gaben an die Gemeinnützige – die dann dem Staat zum Teil seine Aufgaben abnimmt - zu vermehren». Den Kommissionen und Delegationen wurde mitgeteilt, ihre «Beitragsgesuche auf die allernotwendigsten Beträge zu beschränken» und jedenfalls mit Beitragskürzungen zu rechnen.⁵ Auch ein Jahr später vermerkte der Kassier kritisch den Verlust von 119 Mitgliedern, die trotz Werbeanstrengungen «schwer durch neue, besonders junge zu ersetzen» seien. Es sei «erstaunlich, wie gut situierte Leute gerade die gemeinnützigen Unterstützungen zu vernachlässigen» begännen. 6 Im gleichen Ton ging es 1935 weiter. Bedingt durch das «ständige langsame Abbröckeln» der Mitglieder sowie die «abnehmende Zahlungsfähigkeit unserer Bevölkerung durch Lohnabbau und zu hohe Besteuerung» würden sich in







[13] Die GGG geriet mit dem «Sparkassensturm» bei ihrer Zinstragenden Ersparniskasse (ZEK) 1923 ins Visier der Fasnächtler. Mehrere Fasnachtszeedel wurden diesem Thema gewidmet.

der GGG die Einnahmen von Jahr zu Jahr verringern, gleichzeitig stiegen etwa die Ausgaben für Pensionsgelder von Angestellten bei GGG-Institutionen, beschrieb der Säckelmeister das Dilemma.7 Als Kassier sah er seine Aufgabe auch in den Jahren, in denen die GGG einen - wenn auch unterschiedlich grossen - Gewinn erwirtschaftete, darin, auf die düstere Zukunft zu verweisen, etwa 1941: «Leider stirbt die alte Generation, von der die Legate und Geschenke stammen, langsam aus, und da auch die Unterstützungen von Industrie und Privaten bei den gegenwärtigen Zeiten nicht sicher zu erwarten sind, können wir für die Zukunft kaum mehr auf ähnliche günstige Resultate zählen.»8 Mit einer Werbeaktion konnten im gleichen Jahr zwar siebzig neue Mitglieder gewonnen werden, aber die würden «wohl wieder durch Austritte kompensiert werden», meinte La Roche defätistisch. Seine mahnenden Worte bedeuteten, dass auf alle Fälle die Hände nicht in den Schoss gelegt werden durften. Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts musste die GGG in der Tat gut haushalten, um ein Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben zu erreichen.

Einzugstätigkeit

Bis in die 1960er Jahre waren die Einzüger und Einzügerinnen für das Einholen der Mitgliederbeiträge zuständig. Sie gingen bei den Mitgliedern zu Hause vorbei, um den jährlichen Beitrag einzuziehen. Gleichzeitig überbrachten sie das Blaubuch, den Jahresbericht, begrüssten Neumitglieder und verbanden ihren Besuch mit Werbung neuer Mitglieder. Mit dieser damals üblichen persönlichen Kontaktnahme war etwa der Einzüger Hans Müller sehr erfolgreich. Es war ihm offenbar gelungen, in seinen acht Dienstjahren in den 1920er Jahren die Mitgliedschaft beinahe zu verdoppeln. Als er im Vorfeld des 150-Jahr-Jubiläums der GGG hörte, dass ein Vorstandsmitglied eine «riesengrosse Werbung neuer Mitglieder auf ganz breiter Basis» vorgeschlagen hatte, musste er zunächst «einen tiefen Athemzug thun» und schrieb dann dem Kassier seine Bedenken. Nach seinen erfolgreichen Anstrengungen sei heute «das Werben fast erschöpft», man müsse froh sein, wenn auf die jährlichen Austritte von 150 bis 200 Mitgliedern wenigstens 50 neue eintreten würden. Wenn jemand «ohne gründliche Durchsicht des jetzigen Mitgliederverzeichnisses und genauer Prüfung der in dieser Angelegenheit geleisteten Arbeit» eine solche Aktion vorschlage, so sei «das eine Beleidigung für meinen Herrn Seckelmeister in seinem leitenden Ehrenamte und für mich ein Faustschlag ins Gesicht».9

La Roche schickte den Brief an den GGG-Vorsteher mit Erläuterungen zu Müllers Arbeit als Einzüger: «Er geht oft mehrere Male zu demselben Herrn, oder derselben Dame, bis er den definitiven Entscheid erhält. So sind ca. 20 000 Einwohner Basels begrüsst worden, seit Aufnahme seiner

Tätigkeit nach dem Tode von Herrn Oberst Iselin [dem vorherigen Kassier]. Es scheint mir, dass er alle Kantonsblätter, Geschäftsannoncen etc. verfolgt, um neue Ankömmlinge sofort zu erfassen; auch die jungen Leute, welche ins beitragsfähige Alter oder in eine gewisse Position kommen, entgehen ihm nicht.» Müller habe wirklich das «Menschenmögliche» getan, um neue Mitglieder zu gewinnen. Dass die Schreibstube, die Arbeitslose beschäftigte und im Auftrag Versände organisierte, effizienter sei, bezweifelte La Roche. Das letzte Mal habe sie mit einem «Circular» 12 000 Personen angeschrieben, von denen nur 6 definitiv der GGG beigetreten seien. Darunter waren bereits GGG-Mitglieder, die sich beschwerten und eine Nachlässigkeit der Mitgliederkontrolle vermuteten. Eine grössere Mitgliederwerbung sei mit Kosten verbunden und würde kaum mehr ergeben, «als was unser treuer Einzüger zu Stande bringt». 10

Die Einzugstätigkeit war sehr anspruchsvoll und zeitaufwendig. So beschreibt es im Jahresbericht 1968 Elsa Hafen-Isler, die zunächst ihrem Vater geholfen hatte, als er älter wurde. «Er besorgte den Einzug sämtlicher rund 3000 Beiträge der Mitglieder. Ganz Basel, Riehen und die verschiedenen Vororte gehörten zu seinem Einzugsgebiet. Man kann sich heute kaum mehr vorstellen, was das für eine Fussarbeit war. [...] Die Korrespondenz wurde ausschliesslich von Hand geschrieben.» Danach übernahm sie die Arbeit für die folgenden 33 Jahre und klapperte mit dem Velo die Haushaltungen ab, um die 10 Franken Mitgliederbeitrag in Empfang zu nehmen. Im Herbst verteilte sie die Jahresberichte und ersuchte um die ausstehenden Beiträge. 11 Dabei erinnerte sie sich an eine Episode, als sie zum dritten Mal bei einer wohlhabenden Dame vorbei kam, die soeben zum Frühstück «frische Gipfeli, Angge und Honig» ass. Sie könne die zehn Franken nicht geben, weil alles schon so teuer geworden sei, und drückte Elsa Hafen zwei Franken in die Hand. Diese antwortete schlagfertig: «I dank scheen, aber d'GGG brucht keini Almose.» Worauf sie jedes Jahr den ganzen Mitgliederbeitrag erhielt.

Spenden, Legate und Stiftungen

Neben den Mitgliederbeiträgen erhielt die GGG Spenden und Legate, deren Summe sich in einer grossen Bandbreite bewegte. Im Unterschied zu den eher berechenbaren Mitgliederbeiträgen konnten Gönnerbeiträge und Nachlässe nur ungefähr budgetiert werden. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schwankten sie zwischen einem Viertel und dem Doppelten der Mitgliederbeiträge. Ab den 1960er Jahren nahmen sie exponentiell zu, während die finanzielle Bedeutung der Mitgliederbeiträge im Gesamtbudget zurückging. Mitglieder spielten zunehmend auf einer anderen Ebene eine Rolle.

In den Blaubüchern und Jahresberichten wurden Geschenke und Legate jeweils mit Namen und Betrag aufgeführt.

W. Kreis	5
Basel Loge	50
Frau Prof. Miescher	200.–
Frl. Stingelin	500
Patria	500
Henri Rieber	1'000
Ciba	1'000
Sandoz	1'000
Geigy	1'000
F. Hoffmann-La Roche & Co.	2'000
J. G. Chemie	4'000
X [ZEK]	10'000
Total	21'255

Ende 20. Jahrhundert umfasste die Liste der spendablen Personen und Firmen mehrere Seiten. Die Veröffentlichung im Jahresbericht zeigt, wer mit der GGG verbunden ist, und dient der Motivierung von Aussenstehenden, ebenfalls die GGG und ihre Organisationen finanziell zu unterstützen.

Die GGG wurde oft in letzten Verfügungen berücksichtigt. Bei einem Todesfall schickte das Erbschaftsamt allen Erben eine Abschrift des Testaments des Verstorbenen. Die Begünstigten hatten die Möglichkeit, das Erbe auszuschlagen, wenn das Erbe womöglich aus Schulden bestand. Im Fall des Herrschaftskutschers Johann Jakob Oettli empfahl der Notar der GGG, das Erbe anzutreten, da es «unter öffentlichem Inventar» stand und damit ohne Risiko war. Allerdings ging aus dem Protokollauszug der Steuerverwaltung hervor, dass erhebliche Nach- und Strafsteuern auf den Nachlass offen waren. Die GGG könne dem Notar zufolge höchstens beim Finanzdirektor darauf hinwirken, dass im Hinblick auf den gemeinnützigen Zweck, für den der Erblasser sein Vermögen bestimmte, die Strafsteuer erlassen werde. 12 1913 wurde die J. J. Oettli-Stiftung mit einem Kapital von rund 26 500 Franken geäufnet. Oettli hatte die GGG mit der folgenden Bedingung als Haupterbin eingesetzt: Wenn sein 1848 geborener, seit 1801 verschollener Bruder Heinrich, der Schneider gewesen war und zuletzt in Marburg gewohnt hatte, wieder zum Vorschein kommen und sich bei seiner Heimatgemeinde Ober-Oppikon TG melden sollte, dann müsse die GGG ihm bis zum Tod «eine unpfändbare monatliche Rente von 100.-» ausrichten. 1934 schlug der Kassier vor, bei der Heimatgemeinde nachzufragen, ob der inzwischen 86-jährige Genussberechtigte dort bekannt sei. Wenn nicht, wäre der Zweck der Stiftung hinfällig und das Vermögen, das inzwischen auf 58 000 Franken angewachsen war, könnte anderweitig verwendet werden. Falls der Bruder doch noch auftauchen würde, wäre es leicht, von der Zentralkasse den monatlichen Betrag von 100 Franken abzuzweigen. 13 Auch der 1880 in Basel verstorbene Herr Bornhauser, der aus dem deutschen Waldshut stammte, übergab der GGG ein Legat zur Verwaltung.

Er hatte das Geld für die gewerbliche Ausbildung seiner Nachkommen bestimmt. Diese mussten bei der GGG ein Gesuch um Unterstützung aus dem Bornhauser-Legat stellen. Bevor die GGG das Gesuch bewilligte, verlangte sie eine amtliche Bestätigung der Verwandtschaft. Erst dann zahlte sie einen einmaligen Betrag aus, so beispielsweise 50 Franken an den Nachkommen Rudolf Bornhauser für die Erziehungskosten seiner Tochter Josefine.¹⁴

Hie und da brachte sich die GGG bei vermögenden Erben selbst ins Gespräch. Als ihr zu Ohren kam, dass Hans Wagners Vater, Direktor einer chemischen Fabrik, in seiner letztwilligen Verfügung «eine grössere Summe zur Ausweisung an wohltätige Institutionen» bestimmt habe, schrieb sie an den Sohn, dass die GGG ausserordentlich dankbar wäre, wenn sie berücksichtigt würde. Sie führte auf, was sie leistete, und dass Gelder «sicher in gewissenhaftester Weise verwaltet und zu wohltätigen Zwecken verwendet würden». Die gleichlautende Bitte ging auch an den Geschäftsführer des von Wagner geführten Unternehmens, Friedrich Reinhardt-Strahm. Ob das Werben erfolgreich war, geht aus den vorhandenen Unterlagen nicht hervor.

Hingegen ist bekannt, dass der 1935 verstorbene Emil Hummel-Leiber, Mitinhaber einer Uhren-Engrosfirma und Sportler, in seinem Testament verfügt hatte, der GGG den namhaften Betrag von 300 000 Franken zu überweisen. Sie solle eine Stiftung gründen und Beiträge «irgend einem sozialen Werk» zukommen lassen – ausgenommen «für Missionszwecke oder für Bestrebungen im Kampf gegen den Alkohol». 16

Sophie Herlan-Mansbendel vermachte ihre Villa mit Garten an der Wenkenstrasse 33 in Riehen der GGG und bestimmte, dass nach dem Tod ihrer Adoptivtochter der Peterhof in «ein Heim für ältere Frauen und Jungfrauen vom Mittelstand» umgenutzt werde. Es bestehe auch die Möglichkeit, die Liegenschaft zu verkaufen und ein neues Haus zu erwerben. Die GGG war daran interessiert, noch zu Lebzeiten der Adoptivtochter einen Vergleich anzustreben, und beriet sich mit ihrem Notar. Ein Jahr später konnte im Juni 1928 die Peter Herlan-Stiftung mit dem gewünschten Stiftungszweck errichtet werden.¹⁷

Die GGG fasste die von ihr verwalteten Stiftungen in der Kategorie B-Organisationen zusammen. Vermögende Basler und Baslerinnen vermachten Gelder, Land oder Liegenschaften der GGG und verlangten, dass sie eine Stiftung mit einem klaren Stiftungszweck bilde. Selten konnte die GGG über die Verwendung des erhaltenen Vermögens frei verfügen. 1910 setzte sie eine Verwaltungskommission bestehend aus dem Kassier und zwei weiteren Personen ein und erliess ein Reglement für die Verwaltung der Stiftungsvermögen. Damit sollte die Zentralkasse buchhalterisch und verwaltungstechnisch entlastet werden. Die GGG bestimmte, dass die Stiftungskapitalien als offenes Depositum der Handwerkerbank übergeben werden sollten und dass die Verwaltungskommission Änderungen im Titelbestand nur einstimmig vornehmen könne. Die Stiftungsvermögen mussten

«so sicher als tunlich und höchstmöglich zinstragend» angelegt und die Zinsen vierteljährlich an die Zentralkasse der GGG abgeführt werden. Die auf 31. Dezember erstellte Jahresrechnung der Stiftungskapitalien wurde zugleich mit der GGG-Jahresrechnung von den Rechnungsrevisoren geprüft.

Ende 1911 beschloss der Vorstand im Hinblick auf die Einführung des Zivilgesetzbuches (ZGB) sieben «Anstalten» in Stiftungen umzuwandeln. Dazu gehörten die Zinstragende Ersparniskasse (ZEK), die Basler Heilstätte für Brustkranke in Davos-Dorf, die Lukasstiftung, die Kommission für das Altersasyl Niedergelassener, die Kommission zum Landwaisenhaus, die Bernhard Riggenbach-Stiftung sowie die Gregor Stächelin-Allgeier-Stiftung.

Um 1975 verwaltete die GGG 32 Stiftungen, Fonds und Legate. In der Regel waren die Kapitalien unantastbar, nur die Zinsen wurden für Projekte eingesetzt.¹⁸

Die Stiftungen unterstehen der Stiftungsaufsicht Basel-Stadt. Heute gehört Basel zu den Orten in der Schweiz, die die grösste Dichte an Stiftungen ausweisen. In seinem Überblick über die Basler Stiftungslandschaft ging der Journalist Jörg Becher in der *TagesWoche* auch auf die GGG ein und hielt fest, dass sich die GGG unter dem Motto «Hilfe zur Selbsthilfe» mit der Gründung von Ausbildungsinstitutionen hervortat, was sie als wirksamstes Mittel zur Linderung der im 19. Jahrhundert weitverbreiteten Armut sah. 2010 schüttete sie 8,35 Millionen Franken aus, hatte 120 Festangestellte und konnte für ihre Aktivitäten weit über 1000 Freiwillige und Helferinnen und Helfer mobilisieren. Neben kleineren und grösseren Stiftungen hat die GGG eine kapitalkräftige Stiftung im Rücken: die SKB 1809, deren Kürzel sich von der Sparkasse Basel ableitet, während die Jahreszahl auf die Gründung der ZEK verweist. ¹⁹ Bevor die Entstehung dieser Stiftung ausführlich dargestellt wird, kommt ein weiterer Akteur zur Sprache, der finanzielle Ressourcen bereitstellt. Es ist der Staat.

Staatliche Subventionen

Die GGG hatte immer wieder als Pionierin Projekte initiiert und realisiert, die später vom Staat übernommen wurden, wie etwa die Frauenarbeitsschule.²⁰ Andere Institutionen, wie das Blindenheim, führte die GGG dank substantieller staatlicher Beteiligung viele Jahre weiter.²¹ Wie hoch diese Staatsbeiträge waren, wurde in der Jahresrechnung im Blaubuch nicht ausgewiesen. Erst 1981 druckte die GGG erstmals eine «konsolidierte Bilanz» und eine «konsolidierte Erfolgsrechnung» der Zentralkasse ab.²² Bis zu diesem Zeitpunkt konnte eine detaillierte Jahresrechnung beim Kassier oder später im Sekretariat eingesehen werden. Nun war es allen Mitgliedern auf einfachem Weg möglich, die finanzielle Situation der GGG zu studieren. Dabei wurde auch ersichtlich, in welchem Umfang der Staat die GGG und ihre Institutionen unterstützte. Zwischen 1981

und 2002 lag der Mittelwert der Staatsbeiträge bei knapp 4,5 Millionen Franken. Für die Revision war die Schweizerische Treuhandgesellschaft, die später in der PricewaterhouseCoopers AG aufging, zuständig.²³

Während etliche GGG-Exponenten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Mühe damit bekundeten, dass der sich konsolidierende Sozialstaat die (Mit-)Finanzierung von sozialen Aufgaben übernahm, zeichnete sich in der zweiten Jahrhunderthälfte ein Wandel ab. Die GGG erkannte, dass zahlreiche GGG-Institutionen auf Staatsbeiträge angewiesen waren.

Die Offenlegung in der konsolidierten Jahresrechnung zeigte nun, dass Staat und Private sich Hand in Hand für gemeinnützige Anliegen stark machen konnten. Zugleich wurde deutlich, dass öffentliche Aufgaben wie etwa Bibliotheken im Bereich Bildung mit staatlicher Unterstützung privat geführt werden konnten. Dabei musste allerdings die Höhe der Subventionsbeiträge an die verschiedenen GGG-Institutionen regelmässig im Grossen Rat ausgehandelt werden. Diese politischen Auseinandersetzungen um die Höhe der Gelder widerspiegeln die politischen Kräfteverhältnisse in der Stadt: Während die Ratsrechte eher für den «schlanken Staat» votierte und öffentliche Aufgaben der Privatinitiative überliess, vertrat die Ratslinke einen «starken Staat», der Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen solle. Insofern zeigen Subventionserhöhungen oder Subventionskürzungen an, welche Doktrin sich in der jeweiligen politischen Konstellation durchsetzen kann.

Von der ZEK zur Sparkasse Basel

Um gering verdienende Dienstbotinnen und Taglöhner zum Sparen anzuhalten, gründete die GGG 1809 die Zinstragende Ersparniskasse (ZEK).²⁴ Als in den 1880er Jahren die Überschüsse der ZEK stark zunahmen, entschied die Verwaltung, diese nicht mehr vollumfänglich dem Reservefonds zuzuweisen.²⁵ Die ZEK-Verantwortlichen und die GGG vereinbarten 1890, dass der jährliche Gewinn zwischen den beiden Institutionen hälftig geteilt werde. In den folgenden Jahren erhielt die GGG teilweise substantielle Beiträge, die zwischen 7000 und 26 000 Franken schwankten. Auf Vorschlag der ZEK wurde 1909 der Verteilmodus geändert. Die GGG stimmte zu, dass sie statt der Hälfte ein Drittel des Gewinns erhalte, während die ZEK den Rest zu Dreiviertel dem Reservefonds überweise und ein Viertel zur Äufnung eines Spezialfonds für gemeinnützige Projekte und für die Pensionskassengelder der Angestellten einsetze. Trotz dieser neuen Bestimmungen erhielt die GGG zwischen 1908 und 1912 weiterhin jährlich 16 000 Franken. Auch nach der Gründung der Basler Kantonalbank 1899, die sich mit ihren Angeboten ebenfalls an Kleinsparer richtete, erlitt die ZEK keine Einbusse.

Um die ZEK den Bestimmungen des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) anzupassen und als Stiftung ins Handelsregister einzutragen, wurde ein Stiftungserrichtungsakt aufgestellt. Weck der Stiftung mit dem Namen «Zinstragende Ersparniskasse» war es, «den Sparsinn durch Annahme von Ersparnissen» zu fördern und diese Gelder sicher anzulegen. Ferner sollte die Stiftung ähnliche Institutionen wie Hilfs- und Fabriksparkassen gründen oder unterstützen. Die Verwaltung der Stiftung bestand aus mindestens zwölf Administratoren, die der GGG angehörten. Aus ihrer Mitte bildeten fünf gemeinsam mit Präsident und Kassier den Geschäftsausschuss. Die Verwaltung hatte die Aufsicht über die Geschäftsführung, stellte die Mitarbeiter (Direktor, Kassenführer, Buchhalter und Gehilfe) an und regelte ihre Arbeitsbedingungen. Im Gegenzug hatten die Angestellten gemäss Geschäftsordnung «sich pünktlich zur festgesetzten Zeit auf dem Bureau einzufinden, ihre Arbeiten mit Fleiss zu verrichten und den Verwaltungsmitgliedern sowohl als dem Publikum zuvorkommend zu begegnen» (§ 14).

Die GGG druckte im Blaubuch Jahresbericht und Jahresrechnung der ZEK ab. Als kantonale Aufsichtsbehörde amtete der Regierungsrat, der über wesentliche Änderungen informiert werden musste. An den GGG-Mitgliederversammlungen in den Jahren 1911 und 1912 hiessen die Anwesenden die verschiedenen Reglemente der Neuordnung gut. Im Jahresbericht 1912 verwahrte sich der Vorsteher Ludwig Treu-Neukomm gegen die Idee eines der GGG nahestehenden Leserbriefschreibers, dass die ZEK aufgrund ähnlicher Banken «als zwecklos entbehrt» werden könne. Der Wegfall der ZEK, nun «ein hoch angesehenes Glied des Handels», eingetragen im Handelsregister und unter Aufsicht der Regierung, wäre für viele «kleine Leute» nicht verständlich. Die ZEK solle «in bisheriger und unantastbarer Weise den Sparsinn unserer Bevölkerung pflegen und fördern».²⁷

Als der Erste Weltkrieg seine Schatten vorauswarf, halbierte die ZEK aus Vorsicht den Betrag an die GGG, um Reserven für Kursdifferenzen zurückzulegen. So erhielt die GGG 1913 und 1914 nur je 8000 Franken. Danach versiegte diese Quelle für viele Jahre. Mit dem Kriegsausbruch Anfang August 1914 wurde der Geschäftsgang der ZEK jäh unterbrochen; sie erlebte einige stürmische Tage, denn zahlreiche Einleger verlangten ihr Geld zurück.²⁸ Die Rückzahlungen nahmen derartige Dimensionen an, dass die Schweizerische Nationalbank einspringen musste. Sie nahm zuerst «einen grösseren Posten Diskontopapier» ab und gewährte «gegen die Verpfändung von Wertpapieren einen namhaften Vorschuss». Anfang Oktober konnte dieser, für den ein hoher Zinssatz hatte bewilligt werden müssen, bereits wieder getilgt werden.²⁹ Die ZEK hatte zahlreiche Gelder in Deutschland angelegt. Bei dem schlechten Kurs der deutschen Valuta wäre eine Übertragung in Schweizerfranken sehr verlustreich gewesen, weshalb die eingegangenen Hypothekenzinsen in deutsche «Staats-Renten» platziert wurden. Als sich die Verhältnisse weiter verschlechterten, mussten der jährliche Gewinnüberschuss dem Reservefonds für Kursdifferenzen zugewiesen und grosse Abschreibungen auf deutschen Anlagen vorgenommen werden. So blieb für Zuwendungen an die GGG nichts übrig.

Überdies wurde die ZEK aufgefordert, die Eidgenössische Kriegssteuer zu entrichten. Sie war davon ausgegangen, dass sie wie im Kanton Basel-Stadt steuerfrei sei. Dies begründete sie mit Artikel 9 des Stiftungsstatuts, demzufolge bei einer Liquidation ihr Vermögen der GGG und damit einem gemeinnützigen Zweck zufallen würde. Ihr Rekurs an die Eidgenössische Kriegssteuer-Verwaltung wurde jedoch abgelehnt und der Steuerbetrag auf 21 000 Franken angesetzt.³⁰

Auch nach dem Waffenstillstand vom November 1918 mussten weitere Abschreibungen vorgenommen werden, weil sich der Rückgang der deutschen Valuta «in ganz unerwarteter Weise» fortsetzte, wie der Präsident im Bericht der ZEK 1919 festhielt. Mit diesen Verlusten hatte ein frappanter Zwischenfall im Sommer 1922 zu tun. Am 7. Juli 1922 kommentierte die National-Zeitung den Geschäftsbericht der ZEK, der «noch etwas altväterisch» daherkomme, mit den einleitenden Worten: «Auch diese altehrwürdige Institution der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel ist von den Kriegsfolgen nicht verschont geblieben», weil sie verhältnismässig grosse Anlagen sowohl in Hypotheken als auch in Effekten im benachbarten Ausland gemacht habe. 31 Über den Bilanzierungsmodus der ausländischen Engagements würde im Geschäftsbericht nichts verlauten. «Wenn, wie es den Anschein macht, die Aufwärtsbewegung der Obligationenkurse anhalten wird, so kann sich dadurch die Situation dieses Institutes, das im Notfalle wohl ähnlich wie in Neuenburg von der Kantonalbank übernommen würde, noch ordentlich verbessern.» Ob diese angedeutete Gefahr – wie die Basler Nachrichten später schrieb – ausschlaggebend für den Run auf die ZEK war und zahlreiche Spareinleger zum Rückzug ihrer Gelder bewog, bestritt die National-Zeitung später.³² Der Auflauf der Menschen vor dem Eingang der ZEK, der sogar die Polizei auf den Plan rief, sei erst einige Tage nach Erscheinen ihrer Kritik am «sehr summarisch gehaltenen Geschäftsbericht» der ZEK aufgetreten. Ungeschickt reagierte die ZEK-Verwaltung, weil sie erst sehr spät öffentlich Stellung nahm und die Gerüchte über «übermässige Markguthaben» und «missglückte Spekulationen» als unbegründet zurückwies.33 Viele der abgezogenen Gelder wurden in den folgenden Wochen und Monaten nach diesem Medienhype wieder einbezahlt. Dass mehrere Fasnachtscliquen dieses Ereignis zum Sujet der Fasnacht von 1923 wählten, ist nicht wirklich überraschend.34

In den folgenden Jahren erfuhr die ZEK keine weiteren Unruhen, doch das Geschäftsergebnis verunmöglichte es offenbar weiterhin, der GGG einen Geldbetrag zu überweisen. Erst als das 150-Jahr-Jubiläum der GGG heranrückte, schrieb der Präsident der ZEK im Jahresbericht 1926 etwas pathetisch: «Ein gewisses Gefühl der Freude sei uns als Ihrer 118jährigen Tochter vergönnt im Hinblick auf das, was Sie uns durch alle Zeiten gewesen sind, namentlich aber auch im Hinblick auf die Wandlungen, denen Staaten und Verfassungen in den Wirren der Zeit unterworfen waren, Wandlungen, die der gemeinnützige Ideenkreis so kräftig überdauert hat.» Doch für die GGG hatte diese Erkenntnis zunächst keine Auswirkung finanzieller Art.

Erst ab 1929 erhielt sie wieder jährlich einen Beitrag, nun in der Höhe von 10 000 Franken, der in der Rubrik «Geschenke und Legate» von «X», also anonym, ausgewiesen wurde. Durch indirekte Hinweise lässt sich der Betrag auf die ZEK zurückführen. Als die ZEK ihr 125-jähriges Bestehen feierte und am 4. Januar 1935 im Zunfthaus zum Schlüssel ein Festessen veranstaltete, überreichte sie der GGG ein Jubiläumsgeschenk von 20 000 Franken. 36

Ab 1937 wurde der jährliche Beitrag der ZEK an die GGG auf 20 000, ab 1941 auf 30 000 und ab 1945 auf 50 000 Franken erhöht.

Die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Bankenkrise infolge des Börsenkrachs von 1929 erfassten auch Bankinstitute in Basel. ³⁷ Es kam zu Stützungsaktionen und Liquidierungen, so dass der Ruf nach einer grösseren behördlichen Kontrolle der Banken laut wurde. Das Parlament erliess ein eidgenössisches Bankengesetz. Am 8. November 1934 trat das Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen in Kraft, dem die Zinstragende Ersparniskasse am 1. März 1938 unterstellt wurde. Die veränderte Rechtslage machte die Überarbeitung der Statuten und Stiftungsreglemente der ZEK notwendig. In der revidierten Geschäftsordnung wurden die Bedingungen für die blauen Sparhefte und die grünen Einlage-Büchlein festgehalten. Die GGG-Mitgliederversammlung vom 12. Dezember 1938 genehmigte alle Dokumente.

Auch im Zweiten Weltkrieg blieb die ZEK von Kriegsmassnahmen nicht verschont. Sie rekurrierte wiederum erfolglos gegen die Unterstellung unter eine Wehrsteuer und musste Beträge für die Steuerperioden 1941/42 und 1943/44 abliefern. Auf 1. Januar 1944 wurde die eidgenössische Verrechnungssteuer eingeführt, die auf Kapitalerträge, Lotteriegewinne und Versicherungsleistungen erhoben wurde. Sie ist nach ihrem Zweck ein Mittel zur Förderung der Steuerehrlichkeit, da sie denjenigen, die der Pflicht zur Deklaration aller Einkünfte nachkommen, zurückerstattet wird. 38

Mit der Hochkonjunktur erfuhr die ZEK neue Herausforderungen, die sie der GGG in einem Schreiben im November 1950 darlegte.³⁹ Sie verwies auf die Schwierigkeiten, die anvertrauten Spargelder in «gesunden Anlagen» anzulegen, denn «Hypothekaranlagen, die dem Charakter unseres Institutes am besten entsprechen», seien zu den bei der Kantonalbank geltenden Bedingungen fast nicht aufzutreiben. «Mündelsichere Wertpapiere» seien im Kurs so gestiegen, dass sie, wenn überhaupt erhältlich, zum vornherein ein Verlustgeschäft bedeuteten. Man könne sich weder entschliessen, weniger Gelder anzunehmen, noch den Zinsfuss zu senken, weil die ZEK als «gemeinnützige Institution» den Anlegern und Anlegerinnen angemessene Zinserträge ermöglichen wolle, während die Rendite der Kasse zweitrangig sei. Erste Hypotheken seien fast nur noch im Zusammenhang mit der Bewilligung von Baukrediten möglich, die nach Fertigstellung eines Hauses in feste Hypotheken umgewandelt werden könnten. Um das Risiko zu verringern, müssten folgende Richtlinien eingehalten werden: «a. Darlehensgewährung nur für normale Wohnbauten, b. nur an solvente Bauherren, c. Auftragserteilung durch diese nur an uns zuverlässig bekannte



Unternehmerfirmen». Zwar würde die Geschäftsordnung Baukredite nicht speziell als Anlagemöglichkeit erwähnen, diese wären also nicht reglementswidrig, aber die ZEK wolle doch die GGG als obere Stiftungsinstanz über die Absicht informieren, «vorsichtige Baukreditgewährung in unsern Geschäftskreis aufzunehmen». Weiterhin wurde der GGG ein jährlicher Beitrag von 50 000 Franken zugesichert.

DIREKTOR DER ZEK / SPARKASSE BASEL: WERNER KIM (1917-2010)

Werner Kim stammte aus einer Ferger-Familie in Kleinhüningen, die im Zwischenhandel in der Seidenbandproduktion tätig war. Nach seiner Tätigkeit als Prokurist auf der Handwerkerbank Basel wurde er als Direktor in die ZEK berufen. Während seiner 22-jährigen Amtszeit entwickelte er die spätere Sparkasse Basel von einem reinen Sparinstitut zum vielseitig tätigen Bankhaus. Nach seiner Pensionierung 1982 wurde er Vizepräsident des Verwaltungsrats.

Als Mitglied der Freisinnigen Partei war er in der Schulinspektion tätig, sass im Bürgergemeinderat, ab 1968 zwölf Jahre im Grossen Rat, wo er die Finanzkommission präsidierte. 1976 war er Grossratspräsident. Seine militärische Karriere beendete er als Basler Stadtkommandant im Rang eines Obersts.

In der Freizeit schlug sein Herz für das Turnen. 17-jährig trat er in den Turnverein Kaufleute ein und leitete diese Sektion acht Jahre als Oberturner. Seit 1954 gehörte er auch dem Turnverein Kleinhüningen an. Von 1959 bis 1967 war er Mitglied der Spielkommission des Kantonalturnverbands Basel-Stadt, wovon sechs Jahre als Chef für Faustball. Danach bekleidete er den Posten eines Auslandchefs des Schweizerischen Handballausschusses. Aufgrund seines Einsatzes wurde er 1970 zum Ehrenmitglied des Eidgenössischen Turnvereins ernannt.

Als Präsident des Erlen-Vereins engagierte er sich 1971 insbesondere bei der 100-Jahr-Feier des Tierparks Lange Erlen. Auf seine Initiative gelangen damals die schwierige Finanzierung des Restaurant-Neubaus und die Erweiterung der Tieranlagen um die Hirschgehege. Kim diente während Jahrzehnten in verschiedenen Funktionen der Zunft zum Schlüssel und der Christkatholischen Kirche.

Kurz vor ihrem 150-Jahr-Jubiläum wechselte die Zinstragende Ersparniskasse ihren Geschäftssitz. Mit der Absicht, einen Neubau zu erstellen, begann die Schweizerische Kreditanstalt (SKA) im Sommer 1955 Verhandlungen mit der ZEK, um ihr Gebäude an der Ecke St. Albangraben/Luftgässlein

zu erwerben. Für den ZEK-Vizepräsidenten hätte es das bisherige Haus in der Form einer «halben Dreieck-Käsleinportion», so das Basler Volksblatt, «noch lange getan». ⁴⁰ Doch die ZEK war einverstanden, als ihr der ehemalige Firmensitz der Patria an der Ecke Steinenberg/Elisabethenstrasse angeboten wurde.

Mit der Eröffnung der ZEK am neuen Standort Ende November 1957 begann eine neue Ära. Die Zinstragende Ersparniskasse führte nun formell das Kürzel ZEK ein – analog zu den vertrauten Abkürzungen BVB (Basler Verkehrsbetriebe), SBB (Schweizerische Bundesbahnen) und PTT (PostTelegraph Telephon). Einschneidender war die Professionalisierung der Banktätigkeit. Hatten die Administratoren bisher ehrenamtlich, ohne Entgelt, beim Abheben und Einzahlen auf die Sparbüchlein mit ihrer Unterschrift das korrekte Vorgehen kontrolliert, so fiel nun dieses Ehrenamt weg. Erstmals wurden nun ausgebildete Fachpersonen angestellt – und erstmals war eine Frau darunter. Deren Einstellung sei nötig, um bei einer künftigen Mobilmachung gewappnet zu sein und genügend Personal zur Verfügung zu haben, wenn die Männer einrücken müssten. Einzelen 1920 der 192

Als «ein gediegenes Familienfest» feierte die ZEK ihr 150-Jahr-Jubiläum. Mitarbeitenden der ZEK, der GGG-Vorstand, Vertreter der Behörden, der Berufsvereinigungen und der Presse. Felix Burckhardt alias Blasius begrüsste in Mundartversen die Gäste. In mehreren Reden würdigten Politiker und Bankiers die Entwicklung der ZEK. Alt-Direktor Rudolf Haering-Häring hob die für ihn ungewohnte Anrede «Meine Damen und Herren» besonders hervor, weil in der ZEK erst seit zwei Jahren Frauen angestellt seien. Zum Jubiläum lag die Festschrift von Staatsarchivar Paul Roth vor. Die Vorsteherin der GGG Valerie Gruner nahm eine «Enveloppe mit 50 000.— Franken» zusätzlich zum hälftigen Gewinnanteil des Geschäftsjahrs 1958/59 von 75 000 Franken entgegen.

Dass die ZEK ihren Anteil ab 1961 auf 125 000 Franken substantiell erhöhte, ist Valerie Gruner zugutezuhalten. Sie hatte sich dafür stark gemacht – gegen die Befürchtungen ihrer Vorstandskollegen. Unterstützt hatte ihr Anliegen womöglich auch der neue Direktor. Werner Kim brachte 1960 frischen Wind. Zum Erscheinen des Geschäftsberichts in neuer, modernisierter Gestaltung lud er die Tagespresse ein und erläuterte die neuen Geschäftszweige wie die Gewährung von Baukrediten und Nachhypotheken. Dennoch bleibe die Sicherheit das oberste Prinzip.⁴⁴

Kritischer war die Berichterstattung in den Tageszeitungen vier Jahre später. Die ZEK gewann laufend neue Spareinleger. Inzwischen belief sich die Bilanzsumme auf 199 Millionen Franken. Da scheine der angegebene Reingewinn von lediglich 250 000 Franken, wovon die Hälfte der GGG zu überweisen war, als «recht bescheidenes Ergebnis», monierte die *National-Zeitung*. Natürlich sei der effektive Gewinn beträchtlich höher, aber weil die Bank als Stiftung konstituiert war, konnte sie ihren Eigenmittelbedarf nicht durch eine Kapitalerhöhung decken, sondern musste die offenen

Reserven anders sicherstellen. Dies war Kim zufolge notwendig, um das etwas magere Deckungsverhältnis zu verbessern. Die Klausel mit der GGG betrachte die ZEK gemäss *National-Zeitung* mit gemischten Gefühlen, sie werde wohl künftig «noch einiges zu reden geben». «Gut baslerisch gibt man sich denn vorläufig lieber bescheiden», lautete deren Fazit. Deutlicher interpretierte dieses Ergebnis das Zürcher Blatt *Finanz und Wirtschaft*: «Es wurde ein wahrscheinlich beträchtlich nach unten manipulierter Reingewinn von 0,25 Mio. gezeigt, der zur Hälfte der Gründerin, der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige, abgeliefert und zur andern Hälfte dem Reservefonds gutgebracht wurde.»⁴⁶

Die Sparkasse liess sich nicht beirren und entwickelte sich weiter zwischen Tradition und Moderne, zwischen Konstanz und Wandel. Sie eröffnete weitere Filialen, renovierte ältere Gebäude und änderte 1966 den Namen zu Sparkasse Basel (SKB). Damit habe die «Zinstragende» mit Bezug auf ein Werbeinserat ihren «Zopf» verloren und sich einen zeitgemässen Begriff gegeben, schrieb Werner Meyer in der *National-Zeitung*.⁴⁷

Verkauf der Sparkasse Basel an die RegioBank Baselland

Den wirtschaftlichen Einbruch Mitte der 1970er Jahre spürte auch die Sparkasse. Doch sie erholte sich schnell wieder, und bereits 1977 schrieb die Basler Zeitung von einem «Spitzenergebnis». 48 Im folgenden Jahrzehnt blieb der Geschäftsgang zufriedenstellend, die Beiträge an die GGG konnten alle paar Jahre erhöht werden. 1984 feierte das «Unikum in der Bankenwelt» sein 175-jähriges Bestehen und lieferte der GGG zusätzlich einen Jubiläumscheck von 100 000 Franken ab. Ein weiteres Jubiläumsprojekt der Sparkasse war der Bau einer Siedlung mit zwölf Einfamilienhäusern in Riehen. In Zusammenarbeit mit der GGG und unter besonderer Beachtung des Umweltschutzes wurden preisgünstige Häuser mit Pflanzland erstellt, die durch Rückkaufsrecht gegen «Spekulation» gesichert waren.

Belief sich die Bilanzsumme 1810 auf 6000 Franken, so waren es nun 6 000 000 Franken. 49 Die Sparkasse Basel war ein modernes Unternehmen geworden, eine Universalbank, die fast alle Dienstleistungen einer modernen Bank wie Gehaltskonti, Kassenobligationen, Bancomat, Währungs- und Wertschriftenhandel, Baukredite, Vermögensverwaltung anbot – eingebettet in den gemeinnützigen Gründungsauftrag.

Anfang der 1990er Jahre kam der Umbruch. Erstmals fehlten zwei Millionen Franken.⁵⁰ Unter der beschönigenden Überschrift «Eine vielseitige und kerngesunde Regionalbank» deutete der Direktor im Jahresbericht an, dass sich die Sparkasse «für die Herausforderungen der Zukunft» wappne, was «ein harmonisches Zusammenspiel zwischen Erfahrung und

Schweizerisches Wirtschaftsarchiv in Basel



Basler Nachrichten

Nr. 404 vom23, Sep. 1966



[15] Mit Inseraten in verschiedenen Tageszeitungen machte die ZEK auf den Namenswechsel zu Sparkasse Basel aufmerksam. Im Schweizerischen Wirtschaftsarchiv werden die Unterlagen bis heute archiviert.

Experimentierfreudigkeit, bewährten Methoden und neuen Technologien, Gelassenheit und Dynamik» erfordere, ohne den Auftrag aus den Augen zu verlieren, «die sichere und persönliche Bank für Sparer wie für Schuldner, für den Hausbesitzer wie für den Mieter, für das Gewerbe wie für den Handel, für die Stadt wie für die Region und vor allem für Sie, liebe Mitglieder der GGG, zu bleiben».⁵¹

Da wusste er allerdings schon, dass das Ende der ältesten öffentlichen Bank in Basel nahe war. Denn die minutiösen und geheim gehaltenen Vorbereitungen für die Fusion mit der ältesten Bank des Kantons Baselland, der RegioBank beider Basel, hatten schon begonnen. Das geplante Zusammengehen wurde am 28. Oktober 1992 in den Tageszeitungen publik gemacht.⁵²

Der Delegierte berichtete an der eilends einberufenen ausserordentlichen Vorstandssitzung der GGG vom 4. November 1992 von der überraschenden Einladung an eine Sitzung der Sparkasse, die er «ohne Voravis» erhalten habe.⁵³ Auf Rückfrage habe der Direktor nur gesagt, es sei dringlich, habe aber nichts mit dem Geschäftsgang zu tun. Der GGG-Vorstand erfuhr also erst aus der Zeitung von den geplanten Änderungen, was der Vorsteher bedauerte. Weder er noch andere kompetente Vorstandsmitglieder waren vorgängig informiert und nach ihrer Meinung gefragt worden. Die Geheimhaltung sei zwar verständlich, aber man bedaure, dass der Verwaltungsrat der Sparkasse «seine Pflicht gegenüber der GGG als Stifterin nicht erfüllt habe». Doch man wollte keine «Prestigeangelegenheit» daraus machen und stellte sich in einer Eventualabstimmung nicht gegen die Fusion. In mehreren Vorstandssitzungen wurden nun die Aktionärsvereinbarungen und das neue Stiftungsstatut diskutiert, Gegenvorschläge ausgearbeitet, die Wahlen für den Ausschuss des Stiftungsrates vorbereitet und sorgfältig die Informationen an die GGG-Mitglieder formuliert.

Um der historischen Bedeutung des Zusammenschlusses von Sparkasse Basel und RegioBank beider Basel gerecht zu werden und die Tragweite der Entscheidungen deutlich zu machen, erhielt der Zentralsekretär die Aufgabe, die Protokolle detailliert und ausführlich zu halten. Am 16. November 1992 fand die heikle Sitzung zwischen Sparkasse und GGG-Vorstand statt, die der Vorsteher souverän leitete. «Seitens der GGG wurde kein Hehl daraus gemacht, dass es ein Fehler war, unter dem Vorwand der Geheimhaltung nicht ein oder zwei Vorstandsmitglieder der GGG in die Vernehmlassung einzubeziehen, damit die Interessen der GGG hätten eingebracht werden können.» 55

Schliesslich fanden am 18. November 1992 im Hotel Engel in Liestal vormittags die Delegiertenversammlung der Sparkasse und abends die a. o. Generalversammlung der Aktionäre und Aktionärinnen der Regio-Bank statt. Die Übernahme des Bankbetriebs der Sparkasse durch die RegioBank beider Basel und die neuen Statuten der «Stiftung SKB 1809, vormals Sparkasse Basel» wurden genehmigt. Der Verkauf der Sparkasse sei «ein vernünftiger Entscheid» gewesen, bilanzierte der damalige Delegierte

Daniel Heusler in einem Gespräch.⁵⁶ Sie wurde verkauft, als für die GGG am meisten herauszuholen war, ein «Glücksfall», denn die Sparkasse hätte keine Zukunft gehabt.

Noch 1991 hatte der Verwaltungsratspräsident der RegioBank beider Basel, Dieter B. Füglistaller, im Geschäftsbericht bestritten, dass nach dem Zusammenbruch der Spar- und Leihkasse in Thun «das Sterben der Regionalbanken begonnen» habe, und 1992 erneut betont, dass er «trotz rauheren, frostigeren wirtschaftlichen Bedingungen, trotz dem Verschwinden einiger kleinerer Institute» nicht an der prinzipiellen Überlebenschance mittlerer und kleinerer Banken zweifle. Doch bereits im Geschäftsbericht 1993 schrieb er, dass der Verwaltungsrat ein Angebot der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG) zur Übernahme sämtlicher Aktien der RegioBank unterstütze. War Bankdirektor Martin Wegmann 1993 im Geschäftsalltag noch damit beschäftigt, die unterschiedlichen Philosophien von Sparkasse und RegioBank auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und die beiden EDV-Systeme zu integrieren, damit das «Synergiepotential» Früchte tragen konnte, wurde bereits der nächste Schritt im Konzentrationsprozess der Banken beschlossen. En Schrift im Konzentrationsprozess der Banken beschlossen.

Die Integration der RegioBank beider Basel in die SBG war für Ende 1995 geplant. Der Verwaltungsratspräsident zeigte sich in seinem letzten Geschäftsbericht von dieser Entwicklung überzeugt, auch wenn er bedauerte, dass damit die traditionsreiche RegioBank zu ihrem Ende kam. Seine Vermutung, dass nur noch «Grossorganisationen, staatlich geschützte oder auf ein weniger kapitalintensives Spezialgebiet wie Vermögensverwaltung spezialisierte Institutionen» bestehen könnten, habe sich «schneller als voraussehbar bewahrheitet». Zu dieser Einschätzung passt, dass sich nur wenige Jahre später, 1998, die zwei Grossbanken Schweizerische Bankgesellschaft und Schweizerischer Bankverein aufgrund der Globalisierung und der Deregulierung der internationalen Finanzmärkte zur UBS zusammenschlossen.

Ein Nachtessen der Zinstragenden Ersparniskasse, heute Sparkasse Basel

Unseri Bangg

Vom Werner Kim

Laufsch dr Steinebärg deruff Gohsch dört obe um dr Rangg Mach denn, bitte, d'Auge-n-uff... Dört stoht unsri alti Bangg.

Gang bi där dur d'Türe-n-ine Zell Dy zue de guete Kunde D'Sunne gsesch dört inne schyne Find'sch vor allem frohi Stunde!

Stimmt's?..., das frog i s'Personal, Gälled doch, es isch eso... S'wär für my suscht rächt fatal Wenn me's nit könnt gälte lo!

Also ... schänggsch uns voll's Vertraue Legsch bi uns Di Spargäld a Sottsch emol e Hüsli baue Kasch au d'Hyotheke ha.

Bruchsch emol e bitz Kredit Sag's, und due Di nit geniere Kumm zue uns, und spring nit wyt, Muesch zwor ebbis deponire.

Kennsch di schöni Safeanlag Wo dr Schmugg kasch drin versorge Mängge Meter under Tag Isch Dy Sach gschützt und verborge.

Mir düen Dir au Titel kaufe Wänn si gärn Dir au verwalte Muesch jetz nümm zum Nochber laufe Kasch Dy ganz an uns jetz halte. –

Wottsch vo mir e guete Typ Also, los, was i verzell D'Sicherheit isch's erscht Prinzip, Alles suuher und reell.

Dä gueti Ruef düen mir bewahre Wo me als Grundstock uns het gäh Mr wänn uf däm Wäg wyters fahre Die Tradition uns nit lo näh.

Und doch, mr düen nit öppe schloofe Mr hän die neui Zyt ganz gärn Mr kömme führe hint'rem Ofe Und wärde, sicher, au modärn.

Do gsehsch, dr Wäg wo d'machsch isch richtig De bisch by uns am guete-n-Ort Dass's gspürsch, das schynt mir jetze wichtig Du ghörsch zue uns ... isch's Loosigswort.

Uf Wiederluege, liebe Kund S'isch schön, dass i s'Vertraue ha De bisch willkomme jedi Stund Uf unsrer Bangg, dr Z E K.⁶⁰

Finanzierungsstiftung SKB 1809

Die Integration der Sparkasse Basel in die RegioBank beider Basel war für die GGG das «unerwartete und bedeutungsvollste Ereignis» im Jahr 1992. Vorsteher Rudolf Ritz beurteilte dies im Jahresbericht der GGG einerseits als «Entlastung von der Verantwortung für eine Bank», andererseits sei die Gründung der «Stiftung SKB 1809, vormals Sparkasse Basel» von grosser Bedeutung und eine Chance für die GGG. So sei «der Schmerz über die Veränderung unserer Sparkasse verkraftbar».

Durch Anlage und Verwaltung des Vermögens der früheren Sparkasse Basel stand der GGG mit dieser Finanzierungsstiftung ein vielfach grösseres Finanzvolumen zur Verfügung. «Wir sind um eine reiche Firma ärmer und um Geld reicher geworden», kreierte der Delegierte ein passendes Bonmot.⁶²

Ab 1995 konnte die GGG eine Million Franken in Projekte investieren. Allerdings entschied über die Vergabungspolitik nicht der GGG-Vorstand, sondern der Stiftungsrat, der jedoch mehrheitlich aus GGG-Mitgliedern oder ihr zugewandten Personen bestand. Aufgrund der statutarischen Zweckbestimmung musste jedoch zwischen GGG und Stiftung ein Konsens gefunden werden. Nach anfänglichen Spannungen entschied man sich, Vergabungen von Geldern folgendermassen vorzunehmen: Der GGG-Vorstand werde als federführende Instanz die Beitragsgesuche bearbeiten und vor Beschlussfassung die Zustimmung des Stiftungsausschusses einholen. Bei grossen Projekten werde der Ausschuss von Beginn weg in die Evaluation einbezogen. Der Schreiber brachte es so auf den Punkt: «Wenn der GGG-Vorstand nein sagt, hat der Stiftungsrat es schwer, etwas zu machen, wenn hingegen die GGG ja sagt, kann der Stiftungsrat nein sagen.»

Im ersten Jahr des Bestehens der umgewandelten Stiftung zeigte sich, dass etliche Projekte für eine substantielle Unterstützung noch nicht spruchreif waren. Dies hatte steuerliche Forderungen zur Folge. Kurz wurde im GGG-Vorstand angedacht, ob eine weitere Stiftung, zum Beispiel mit dem Namen «Isaak Iselin-Stiftung», gegründet werden solle, um die fälligen Steuern einsparen zu können. Doch man beschloss, dass der Stiftungspräsident, Alt-Regierungsrat Kurt Jenny, mit der Steuerverwaltung verhandeln solle, um die Bewertung der realisierten Reserven

zu reduzieren und so den Steuerbetrag zu verringern. Namhafte Beträge erhielten in den ersten Vergabungsrunden die Stiftung Beschäftigungsund Wohnheim für cerebral Gelähmte, der Tagesmütterverein Basel, das Obdachlosenheim Wallstrasse, das Europainstitut und die G.A.W., Gesellschaft für Arbeit und Wohnen.⁶⁴

Zu spät realisierte die GGG, dass ihr Name in der Stiftung nicht genannt wurde. Eine Änderung lehnte der Stiftungsrat ab, war aber bereit, bei den Antwortbriefen an Gesuchstellende zu betonen, dass der Stiftungsrat die Gelder der GGG im Einvernehmen mit dem GGG-Vorstand bewilligt habe.⁶⁵

Dass die GGG-Mitgliederversammlung über die Vergabungen nicht befinden konnte, störte einen Juristen, der seit vielen Jahren GGG-Mitglied war. Er kritisierte, dass der Erlös durch den Verkauf der Sparkasse nicht in die Zentralkasse der GGG geflossen sei, sondern in einem Stiftungsvermögen gebunden war. Aus vereinsdemokratischen Gründen fand er es nicht korrekt, dass die Mitglieder keinen Einblick mehr hatten. Während sie an den Jahresversammlungen die GGG-eigenen Projekte ab einem gewissen Betrag gutheissen oder ablehnen konnten, war ihnen nun die Mitbestimmung bei den ganz grossen Vorhaben entzogen. 66 Die Diskussion um den abnehmenden Einfluss der GGG-Mitglieder auf die Verteilung von Geldern wurde bei der Umwandlung anderer Organisationen in Stiftungen erneut Thema.

Heute fliessen vom Ertrag, den die Stiftung SKB 1809 auf ihrem Kapitalstock von über 100 Millionen Franken erwirtschaftet, im Schnitt rund zwei Millionen Franken in Form ordentlicher Betriebszuschüsse direkt in die Kasse der GGG. Darüber hinaus werden grössere Investitionsvorhaben und Projekte mitgetragen. «Wir stehen ganz im Dienst der GGG und federn deren eigene Erträge ab», bestätigte Stiftungsratspräsident Werner M. Schumacher der *TagesWoche*. Insofern könne man die SKB 1809 durchaus als «eiserne Reserve der GGG» bezeichnen.⁶⁷

Die GGG verfügt seither über eine Geldquelle, die in allen Jahrzehnten zuvor nicht in dieser Grössenordnung gesprudelt ist. Sie rückte in die Nähe der Christoph Merian Stiftung, die zu den ganz grossen Geldgebern in Basel gehört, und wird heute meist in einem Atemzug mit der CMS genannt.

Verhältnis von GGG und CMS

Die GGG und die CMS gelten heute in Basel als wichtige Geldgeber für soziale und kulturelle Projekte. Dass und wie sie sich unterscheiden, ist vielen nicht bekannt. Doch die Unterschiede seien gross, auch wenn beide in ähnlichen Gebieten tätig sind, meint der ehemalige Geschäftsführer der GGG Niklaus Merz im Gespräch.⁶⁸ Die Christoph Merian Stiftung (CMS) konnte und kann durch das Vermächtnis des Stifterehepaars Christoph und

[Abb. 16]



[16] Vorstand und Team der Geschäftsstelle 1997, von links nach rechts:
Sekretärin Carola Arndt, neu gewählter Delegierter Dr. Urs Burckhardt,
Sekretärin Lorena Pohl, Kassier Raymond Bingert, Beisitzer
Tom Koechlin, Statthalterin Verena Stalder-Bachmann, Beisitzer
Prof. Dr. Rudolf Ritz, abtretender Delegierter Dr. Daniel Heusler,
Vorsteherin Bernadette Schmid-Stürm, Beisitzer Werner Hornstein,
Beisitzerin Dr. Marie-Louise Stamm, Beisitzer Dr. Philipp Weiss,
Schreiber Dr. Ernst Staehelin, Beisitzer Markus Pirovino, Sekretärin
und Leiterin des GGG-Wägwyser Sigrid Feld, Zentralsekretär Niklaus Merz.
Anlässlich der Verabschiedung des Delegierten Daniel Heusler fand
im Atelier des Fotografen Urs Preisig ein Apéro statt.

Margaretha Merian-Burckhardt seit ihrer Gründung 1886 auf ein grosses Stiftungskapital zurückgreifen. Das Stiftungsvermögen wird heute mit einem Wert von rund 300 Millionen Franken beziffert, davon sind mehr als drei Viertel in Land- und Immobilienbesitz gebunden. Seit 1976 ist die über einen Reingewinn von elf Millionen Franken verfügen. Seit 1976 ist die Verteilung des Reinertrags so geregelt, dass je 45 Prozent davon der Bürgerund der Einwohnergemeinde zustehen, das heisst, Bürgergemeinderat und Regierungsrat müssen der Verwendung der Fördermittel aus den jeweiligen Ertragsanteilen zustimmen. Neben stiftungseigenen Vorhaben finanziert die CMS auch lokal ausgerichtete Projekte Dritter.

Im Unterschied zur CMS, die zunächst Felder absteckt und Projekte entwickelt, in die sie Geld investieren will, baut die GGG als eingetragener Verein auf das Engagement der freiwilligen und ehrenamtlichen Mitglieder. Wenn diese ein Projekt ausarbeiten, wird danach die Finanzierung organisiert. «Es ist eine ganz andere Unternehmenskultur, auch wenn man dies schliesslich den Projekten nicht ansieht», erklärt Merz. Die CMS sei «durchprofessionalisiert». Etwa 120 Mitarbeitende teilen sich 100 Vollzeitstellen. Ausser dem Stiftungsrat gebe es keine Ehrenamtlichen, auch wenn die CMS dies manchmal sinnvoll gefunden hätte. Sieht man von den Angestellten in den einzelnen Institutionen ab, wurden bei der GGG hingegen bis zur Einrichtung der Liegenschaftsverwaltung 1968 und der Geschäftsstelle 1990 alle Funktionen und Aufgaben ehrenamtlich ausgeübt.

Die Gründung der CMS und weiterer wohltätiger Organisationen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bedeuteten gemäss Sara Janner eine Konkurrenz für die GGG.⁷⁰ In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind kaum Berührungspunkte zwischen der GGG und der CMS bekannt. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg werden solche sichtbar. So wurde Ende 1954 der Verwalter der CMS Dr. Hans Meier-Meyer in den Vorstand der GGG gewählt.⁷¹ Turnusgemäss übernahm er 1955/56 das Amt des Vorstehers. Diese personelle Verbundenheit stärkte die Zusammenarbeit der beiden Organisationen. Gemeinsam erwarben sie etwa die Liegenschaft an der Kohlenberggasse 22 für eine allfällige spätere Erweiterung des Blindenheims.⁷² Jahre später setzten sich beide für die Realisierung des Quartierzentrums Brückenkopf Kleinhüningen ein.⁷³

Als die GGG Mitte der 1960er Jahre Strukturreformen durchführte, diskutierte sie Vor- und Nachteile einer professionellen Geschäftsstelle mit Meier-Meyer. Als Kenner beider Organisationen konnte er am besten die offenen Fragen bezüglich eines angestellten Zentralsekretärs beantworten.

Nachdem die GGG 1990 schliesslich einen Geschäftsführer angestellt hatte, intensivierten sich die Kontakte und die gemeinsamen Absprachen zwischen der GGG und der CMS. Einmal pro Jahr trafen sich die Exponenten der obersten Ebene: Delegierter, Vorsteher und Geschäftsführer auf Seiten der GGG und der Direktor mit den Abteilungsleiterinnen und -leitern von der CMS. Auf operativer Ebene traf man sich alle zwei bis drei Monate zu einem Mittagessen und informierte sich gegenseitig

über die geplanten Projekte. Beispielsweise war klar, dass sich die GGG weiterhin für die Ausländerberatung einsetzte, während sich die CMS im Bereich Literatur engagierte und das Literaturhaus Basel finanzierte. 74 Das Begegnungszentrum Kaffi Rhyacker im Hirzbrunnenquartier erhielt dagegen Beiträge von GGG und CMS, weil beide Institutionen diesem Quartiertreffpunkt in einer wenig privilegierten Gegend der Stadt eine grosse Bedeutung zumassen. Auch die Vermittlungsstelle für Freiwillige Benevol, heute eine A-Organisation der GGG, wurde 1991 von der GGG, der CMS und überdies dem Basler Frauenverein am Heuberg sowie den Zünften gemeinsam initiiert. Im kulturellen Bereich unterstützten GGG und CMS die Einrichtung der Werkräume Warteck pp gemeinsam mit der Warteck Invest AG und dem Lotteriefonds Basel-Stadt. 75 Solche gemeinschaftlichen Unternehmen und Absprachen sind inzwischen üblich.

Beide Institutionen schärften ihr Profil, diskutierten, wo sie gemeinsam ein Projekt unterstützen, wo sie getrennte Wege gehen. Mit den beiden grossen privaten Geldgebern CMS und GGG befinden sich engagierte Sozialtätige und Kulturschaffende in Basel in einer vergleichsweise vorteilhaften Situation, was die Finanzierung ihrer Projekte anbelangt.⁷⁶

Ausblick

Aufgrund der rasanten Veränderungen gegen Ende des 20. Jahrhunderts war die GGG immer schneller gefordert, sich um weitere marginalisierte Bevölkerungsgruppen zu kümmern. Anfang des neuen Jahrhunderts diskutierte der Vorstand Thesen und Szenarien, die sich auf «Probleme, Nöte und Bedürftigkeit in einer Stadt wie Basel in zehn Jahren» bezogen. Wie konnte die GGG weiterhin sicherstellen, dass das zur Verfügung stehende Geld optimal eingesetzt wird? Sollte die GGG nicht nur Finanzen, sondern auch «Managementzeit» zur Verfügung stellen? Soll sie Qualitätsbestrebungen fördern und Anreize für Qualitätsentwicklung und Qualitätsüberprüfung in den angeschlossenen Organisationen schaffen? Denn es zeigte sich vermehrt, dass Organisationen, die die Qualität ihrer Leistungen nachweisen konnten, bessere Chancen hatten, auf dem «Spendenmarkt» zu bestehen und Mitglieder und Freiwillige zu gewinnen. Unprofessionalität und Qualitätsmängel in der Leistungserbringung schadeten nicht nur dem Ansehen der entsprechenden Organisation, sondern auch der GGG als Dach-Organisation – und das gelte es zu vermeiden, war der Vorsteher 2001 überzeugt. Die GGG sei selbst eine gemeinnützige Organisation, die für ihre Tätigkeit auf Zuwendungen von Privatpersonen, Firmen und Stiftungen in Form von Mitgliederbeiträgen, Spenden und Legaten sowie auf den Einsatz Freiwilliger angewiesen sei. Auch sie müsse «den Nachweis für einen gezielten und effektiven Einsatz der Mittel» erbringen. Dann könne die «Verbundenheit der Baslerinnen und Basler mit der GGG» aufrechterhalten werden.⁷⁷

[Abb. 17]



Anmerkungen Teil II:

- StABS: PA 146 A 13: Rechnungswesen [Zentralkasse]: Schreiben des Säckelmeisters an den Vorsteher vom 17.10.1919.
- [2] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1921, S. VIIf.
- [3] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1931, S.V.
- [4] StABS: PA 146 A 13: Rechnungswesen [Zentralkasse]: Kassabericht des Säckelmeisters von 1933.
- [5] GGG-Archiv: 90, Struktur und Arbeit der GGG, Schreiben des Vorstehers und Schreibers an die Kommissionen und Delegationen [1933].
- [6] StABS: PA 146 A 13: Rechnungswesen [Zentralkasse]: Kassabericht des Säckelmeisters von 1934.
- [7] StABS: PA 146 A 13: Rechnungswesen [Zentralkasse]: Kassabericht des Säckelmeisters von 1935.
- [8] StABS: PA 146 A 13: Rechnungswesen [Zentralkasse]: Kassabericht des Säckelmeisters von 1941.
- [9] StABS: PA 146 A 7 Mitglieder: Brief von Einzüger Hans Müller an Kassier Robert La Roche vom 20.1.1927.
- [10] StABS: PA 146 A 7 Mitglieder: Brief von Kassier an Vorsteher vom 25.1.1927.
- [11] StABS: PA 146: Hafen-Isler, Elsa: Kleiner Rückblick einer Einzügerin, in: Jahresbericht der GGG von 1968, S. 18f.
- [12] StABS: PA 146 A 16 Legate u. Geschenke Stiftungen: Schreiben des Vorstehers an den Seckelmeister Oberstl. Dr. Rudolf Iselin vom 1.10.1913.
- [13] StABS: PA 146 A 16 Legate u. Geschenke Stiftungen: GGG-Kassier an Vorsteher vom 17.3.1934.
- [14] StABS: PA 146 A 16 Legate u. Geschenke Stiftungen: GGG-Schreiber an Kassier vom 20.11.1924.
- [15] StABS: PA 146 A 16 Legate u. Geschenke Stiftungen: Schreiben der GGG an Dr. Hans Wagner in Basel vom 15.3.1933.
- [16] StABS: PA 146 A 16 Legate u. Geschenke Stiftungen: Testamentseröffnung vom 23.4.1935.
- [17] StABS: PA 146 A 16 Legate u. Geschenke Stiftungen: Briefe und Urkunden zwischen 5.5.1927 und 8.6.1928.
- [18] Staehelin, Walter: Der Zeit voraus, dem Staat voraus. Zur Zweihundertjahrfeier der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel, Basel 1977 (155. Neujahrsblatt der GGG), S. 116.
- [19] Vgl. Becher, Jörg: Stiftungen. Von Christoph Merian bis zu den Zolli-Gönnern, in: TagesWoche, 3.2.2012.
- [20] Vgl. Hungerbühler, Oliver: Eine Schule macht Schule. In 130 Jahren von der Frauenarbeitsschule zur Berufsfachschule Basel, Basel 2012 (191. Neujahrsblatt der GGG).
- [21] Ende 1985 wurde das Blindenheim in eine selbständige Stiftung überführt, vgl. StABS: PA 146 Z 1: Jahresbericht der GGG von 1985, S.2. Heute wird es in Form einer AG betrieben.
- [22] StABS: PA 146 Z 1: Jahresbericht der GGG von 1981, S. 14-21.
- [23] Vgl. die Berichte der Revisionsstelle in den GGG-Jahresberichten.
- [24] Vgl. dazu Janner, GGG 1777-1914, S. 186-199.
- [25] Vgl. für das Folgende Siegfried, Geschichte der Gemeinnützigen Gesellschaft, S. 129f. Die Abkürzung «ZEK» kam erst 1957 in Gebrauch, wird aber hier der Einfachheit halber auch für den früheren Zeitraum verwendet.
- [26] Vgl. StABS: PA 146 S 1,1 ZEK: Aktenstücke: Errichtungsakt der Stiftung, Reglement, Verordnung, Geschäfts-Ordnung, Basel o.J. Allgemeine Sitzungen vom 22.12.1911, 5.1.1912 und 23.10.1912.
- [27] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1912, S. VIIIf.

- [28] SWA: Banken 54, ZEK, Bericht des Präsidenten R. La Roche-Ryhiner über den Geschäftsgang der Zinstragenden Ersparniskasse beim Ausbruch des Krieges Anfang August 1914, o.J.
- [29] StABS: PA 146 Z 1 Jahresbericht der GGG von 1915: Bericht der ZEK, S. 16.
- [30] StABS: PA 146 Z 1 Jahresbericht der GGG von 1917: Bericht der ZEK, S. 18, und Jahresbericht der GGG von 1918: Bericht der ZEK, S. 15.
- [31] Geldmarkt, Banken und Börsen, Bankbilanzen, Zinstragende Ersparniskasse in Basel, in: National-Zeitung, 7.7.1922.
- [32] Artikel zur ZEK, in: Basler Nachrichten, 16.7.1922, National-Zeitung, 16.7.1922, Neue Zürcher Zeitung, 16.7.1922.
- [33] Inserat der Verwaltung der Zinstragenden Ersparniskasse, 14.7.1922.
- [34] SWA: Banken 54, ZEK, vgl. Zeedel «Der Sparkassensturm» der Olympia, Junge Garde, «Vermögensabgabe und Sparkassenrummel» der Basler Mittwoch-Gesellschaft und «Basler Banggbluff», Fastnacht 1923.
- [35] StABS: Jahresbericht der GGG von 1926: Bericht der ZEK, S.15.
- [36] Dieser Betrag wurde allerdings in der GGG-Jahresrechnung nicht ausgewiesen. Erst ab 1937 erhielt die GGG von der ZEK 20 000 Franken.
- [37] Vgl. für das Folgende: Roth, Paul: 150 Jahre Zinstragende Ersparniskasse in Basel, 1809–1959. Denkschrift im Auftrag der Verwaltungskommission, Basel 1959, S. 45.
- [38] Vgl. Stockar, Conrad: Verrechnungssteuer, in: HLS, http:// www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D26202.php (11.2.2016).
- [39] SWA: Banken 54, ZEK, Schreiben der ZEK an die GGG, 3.11.1950.
- [40] ko.: Die Alte h\u00e4tte es noch lange getan!, in: Basler Volksblatt, 26.11.1957.
- [41] Als die Buchhaltung noch zu Hause geführt wurde, in: National-Zeitung, 26.11.1957.
- [42] Ein seltenes Jubiläum, 150 Jahre Zinstragende Ersparniskasse, in: National-Zeitung, 24.6.1959.
- [43] Yz.: 150 Jahre ZEK ein gediegenes Familienfest, in: Basler Nachrichten, 24.6.1959.
- [44] Fl. [Fritz Latscha]: Tradition braucht Fortschritt nicht zu hemmen, in National-Zeitung, 30.6.1961.
- [45] Latscha, Fritz: Zu wenig für das Gute und Gemeinnützige, in: National-Zeitung, 24.6.1965.
- [46] na.: Der Tradition verbunden. ZEK will Sparkasse bleiben, in: Finanz und Wirtschaft, 17.7.1965.
- [47] Werner Meyer: Sparkasse Basel präsentiert sich frisch frisiert, in: National-Zeitung, 15.3.1967. Werbeinserat: Würden Sie heute einen solchen Zopf noch tragen?, in: Basler Nachrichten, 23.9.1966.
- [48] Erzielte ein Spitzenergebnis, in: Basler Zeitung, 26.3.1977.
- [49] Unikum in der Bankenwelt, in: Baselbieter Zeitung, 27.2.1984, und 175 Jahre Sparkasse Basel, in: Basler Zeitung, 25.2.1984.
- [50] 673 Mio. Bilanzsumme, in: Basler Zeitung, 23.1.1992.
- [51] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1990, S.5–9, hier S.9.
- [52] Pfister, Thomas: Regiobank und Sparkasse gehen Hand in Hand, in: Basler Zeitung, 28.10.1922, und sc.: Fusion der Sparkasse Basel und der Regiobank, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.10.1992.
- [53] Vgl. für das Folgende: GGG-Archiv: Protokoll der a.o. Vorstandssitzung vom 4.11.1992.

Anm. S. 87– S. 104 Anm. S. 104– S. 111

- [54] GGG-Archiv: Protokoll der a. o. Vorstandssitzung vom 12.11.1992.
- [55] Vgl. f
 ür das Folgende: GGG-Archiv: Protokoll der a. o. Vorstandssitzung vom 18.11.1992.
- [56] Interview mit Daniel Heusler vom 8.5.2015.
- [57] SWA: Banken 2014: Füglistaller, Dieter B.: Vorwort, in: Banken Geschäftsberichte der RegioBank beider Basel von 1991 und 1992, S. 2.
- [58] SWA: Banken 214: RegioBank beider Basel, Wegmann, Martin: Geschäftsjahr, in: Geschäftsbericht 1993, S. 6.
- [59] SWA: Banken 214: Füglistaller, Dieter B.: Vorwort, in: Geschäftsbericht der RegioBank beider Basel von 1994, S. 2.
- [60] Aus: Kim, Werner: I due als Basler dichte ..., Basel 1967, S. 17f.
- [61] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG 1992, S. 6.
- [62] GGG-Archiv: Protokoll der a. o. Vorstandssitzung vom 18.11.1992.
- [63] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 16.12.1992.
- [64] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 28.4.1993.
- [65] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 17.3.1993 und Jahresbericht von 1993, S. 5.
- [66] GGG-Archiv: Protokoll der Mitgliederversammlung von 12.6. 1996.
- [67] Becher, Jörg: Stiftungen. Von Christoph Merian zu den Zolli-Gönnern, in: Tageswoche, 3.2.2012.
- [68] Interview mit Niklaus Merz vom 21.4.2015.
- [69] Vgl. für das Folgende: 125 Jahre Christoph Merian Stiftung, Basel 2011, S. 16.
- [70] Vgl. Janner, GGG 1777-1914, S. 169-186.
- [71] GGG-Archiv: Schluss-Sitzung vom 30. November 1954.
- [72] GGG-Archiv: Vorstandssitzung vom 2.2.1961.
- [73] StABS: PA 146 Z 1: Jahresbericht der GGG von 1985, S.2.
- [74] Interview mit Niklaus Merz vom 21.4.2015.
- [75] StABS: PA 146 Z 1: Jahresbericht der GGG von 1995, S. 5.
- [76] Trotz dieser finanziell guten Ausgangslage erhöht sich der zeitliche Aufwand für die Geldsuche zunehmend, weil immer mehr Personen und Organisationen um die beschränkten Mittel konkurrieren. Um die zunehmende Anzahl von Finanzgesuchen zu prüfen, sind auch Stiftungen zeitlich, personell und letztlich finanziell mehr gefordert. Es fragt sich, wie lange diese etwas absurd anmutende Situation weiter andauern kann oder ob nicht eine weniger aufwendige Lösung der Geldsuche und Geldvergabungen gefunden werden kann und muss.
- [77] StABS: PA 146 Z 1: Jahresbericht der GGG von 2001, S. 10f.